



Finanztransaktionssteuer:
gegen Armut und
Resignation | Seite 8

AGENDA

Umsteuern!
Forderungen an eine faire
Steuerpolitik | Seite 8



FINANCIAL CRIMES DEUTSCHLAND

KOMMENTAR | REPORTAGE | HINTERGRUND

SEPTEMBER / OKTOBER 2010

Bankensystem reloaded

Die Regierungen der EU und der USA tun sich schwer, Banken und Fonds ernsthaft Zügel anzulegen. Dabei gibt es viele durchdachte Vorschläge, die das Finanzsystem vom Kopf auf die Füße stellen wollen.

VON PHILIPP HERSEL, BERLIN

Seit der Gründung vor zehn Jahren ist die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte ein Leitmotiv von Attac. Spätestens die Finanzkrise der vergangenen Jahre sollte jedem klar gemacht haben, wie dringend eine solche Kontrolle ist. Die bislang vorherrschende neoliberale Annahme, Banker würden schon im eigenen Interesse keine für die Banken Existenz bedrohenden Risiken eingehen, stellte sich für alle vernunftbegabten Zeitgenossen als naiv und verantwortungslos heraus. Wenn also eine Kontrolle der Banken aus Sicht des Gemeinwesens unumgänglich ist, wie könnte sie aussehen und wer soll sie wie ausüben?

Als ersten Schritt müssen die Banken per Gesetz auf ihre gesamtwirtschaftlichen Kernfunktionen zurechtgestutzt werden. Das sind erstens die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, zweitens das Einlagengeschäft, um den Menschen sichere Möglichkeiten zur Bildung von Ersparnissen anzubieten, und drittens die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen (kurz: ZEF-Geschäfte).

In Deutschland hat es vor allem den privaten Geschäftsbanken und den Landesbanken an demokratischer Kontrolle gemangelt. Dort sind nicht nur die höchsten Verluste zu verzeichnen. Diese beiden Bankengruppen haben sich auch am stärksten von den ZEF-Kernfunktionen entfernt.

Die Sparkassen und die Volks- und Raiffeisenbanken haben sich hingegen deutlich besser bewährt. Zum einen deshalb, weil sie in ihren Satzungen stärker auf ZEF-Geschäfte in ihrer Region beschränkt sind und bei den meisten Sparkassen sogar eine Gemeinwohlorientierung explizit verankert ist. Zum anderen, weil die Kontrollgremien dieser beiden Banktypen deutlich breiter zusammengesetzt sind als die der Privatbanken.

Um ihre Kernfunktionen zuverlässig zu erfüllen, brauchen die Banken eine seriöse ökonomische Grundlage. Nur Banken ohne toxische Wertpapiere und andere Bilanzleichen im Keller können ihrer Finanzierungsfunktion nachkommen und ihren Kunden sichere Einlagen bieten. Ein Neuanfang im Bankensektor erfordert daher eine konsequente Offenlegung der Bilanzen. Die meisten Geschäfts- und Landesbanken dürften



einen derartigen Offenbarungseid auf Grund ihrer noch unverdauten Risiken und Verluste allerdings kaum überleben. Soweit möglich sollten sie dann per Insolvenz aus dem Leben scheiden. Leider wäre die Pleite vieler Geschäfts- und Landesbanken aber wegen ihrer Größe und Verflechtung eine Bedrohung für die Realwirtschaft. In solchen Fällen müssen sie notgedrungen staatlich gestützt und in öffentliches Eigentum überführt werden.

In Zukunft könnte die Bankenlandschaft dann wie folgt aussehen: Auf lokaler Ebene gibt es nur noch Sparkassen einerseits und Volks- und Raiffeisenbanken andererseits. Auf der überkommunalen Ebene werden aus den (in die öffentliche Hand überführten) Geschäftsbanken und den glücklosen Landesbanken neue Spar-Regional-Kassen beziehungsweise Volks-Regional-Banken geformt. Diese Regionalinstitute werden nach dem Vorbild der Sparkassen und Volksbanken auf ZEF-Finanzdienstleistungen für Großkunden (zum Beispiel Großunternehmen, Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger) beschränkt.

Ob lokal oder regional: Die Kontrollorgane (Verwaltungs- und Aufsichtsräte) der Banken sind in ihren Kompetenzen zu stärken und personell durch Vertreter gesellschaftlicher Organisationen wie Gewerkschaften, Umweltverbände, Verbraucherschützer, soziale Einrichtungen und Bewegungen zu erweitern. Die Mitglieder der Kontrollorgane müssen eine demokratische Legitimation haben, gegebenenfalls durch direkte Wahl.

Demokratische Kontrolle ist auf engagierte Bürgerinnen und Bürger mit Durchblick angewiesen. Voraussetzung dafür ist eine breit angelegte Aufklärung der Bevölkerung über die Grundlagen des Wirtschafts- und Finanzsystems. Wie es zu Recht eine Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und Millio-nenaufgaben für die AIDS-Prävention gibt, so wäre unsere Gesellschaft gut beraten, viel Geld in die Aufklärung über die Risiken unkontrollierter Finanzmärkte zu investieren.

Auch wenn sie auf ihre Kernfunktionen zurückgestutzt sind – man kann die demokratische Kontrolle der Banken nicht allein Parlamenten und Parteien überlassen. Nicht nur Attac sollte sich daher auf eine künftige Mitwirkung in den Kontrollgremien der Banken vorbereiten.

Startschuss für „Demokratische Bank“

In Österreich initiieren GlobalisierungskritikerInnen ein alternatives Bank-Projekt

VON CHRISTIAN FELBER, WIEN

Die Globalisierungskritikerinnen und -kritiker von Attac Österreich wollen nicht warten, bis ihnen die Regierung oder das Parlament bessere Banken bringt. Sie rufen selbst die Zivilgesellschaft zur Gründung einer alternativen Bank auf – und werden erhört. Seit Mai dieses Jahres wächst der Kreis der Personen, die gemeinsam die „Demokratische Bank“ aufbauen.

Die Idee ist einfach, aber grundlegend: Geld soll auch als öffentliches Gut organisiert werden und die Bank, statt Gewinne anzustreben, dem Gemeinwohl dienen. Sie soll ausschließlich das Einlage- und Kreditgeschäft abwickeln; Wertpapiere und Derivate sind tabu. Girokonten sind kostenlos und Kredite umso günstiger, je sozialer und ökologischer ihre Wirkung ist. Die Bank arbeitet transparent und demokratisch. Ihre Leitungs- und Auf-

sichtsgremien kommen durch direkte Wahl auf kommunaler Ebene zustande: Die Bank gehört der souveränen Bevölkerung, nicht dem Staat.

Neben ihrer Rolle als ökonomische Basis-Dienstleisterin soll die Bank auch als Bildungsinstitution wirken und Bewusstsein über Geld-Zusammenhänge schaffen sowie sich als Lobbyistin für strengere Finanzmarkt-Regeln einsetzen.

Derzeit wirken bereits 250 Menschen am Aufbau der Bank mit. Gesucht werden Mitgründerinnen und -gründer, die sich mit mindestens 1000 Euro am Stammkapital beteiligen. Die Demokratische Bank ist Strukturelement der „Gemeinwohl-Ökonomie“, einer vollständigen Systemalternative, die von Attac-Unternehmern entwickelt und von immer mehr Unternehmen unterstützt wird.

WWW.DEMOKRATISCHE-BANK.AT

Löcher im Flickenteppich

Wer keine neue Bankenkrise will, muss konsequent regulieren

VON MARKUS HENN, BERLIN

Während die USA im Juli eine umfassende Finanzreform beschlossen haben, wird in der EU und in Deutschland noch immer am Reformflickenteppich gearbeitet. Anfang September konnte man sich immerhin mal wieder auf einen Flicker – die europäische Aufsicht – einigen. Aber es bleiben viele Löcher: Bei Themen wie Eigenkapital, Alternative Investmentfonds, Derivate, Bankenabgabe oder Finanztransaktionssteuer wurde noch immer nichts entschieden. Oft stehen nationale Vorbehalte und die Lobby der Finanzwirtschaft einem Fortschritt im Weg.

Zugleich bleibt unklar, ob beim nächsten G20-Gipfel in Seoul (Südkorea) im November eine globale Einigung auf bestimmte Standards vorgebracht wird. Der letzte Gipfel in Toronto war für alle, die angesichts der Finanzkrise eine globale Einigung erhofft hatten, eine Enttäuschung. Doch gibt es in Seoul erneut die Chance, aus der Krise zu lernen. Auch im Rahmen des Basel-III-Prozesses läuft noch im-

mer die Auseinandersetzung um bessere Regulierung. Die dort beteiligten deutschen Regulierer erwiesen sich dabei aber als verlängerter Arm der deutschen Banken. Die jüngst gefassten Beschlüsse zum Eigenkapital sind im Ganzen richtig, setzen jedoch zu wenig da an, wo unverantwortliche Risiken aufgebaut wurden, und sind in der Umsetzung zu langsam.

Immerhin hat die Bundesregierung im Juli endlich einen Gesetzesentwurf für den Umgang mit Problembanken vorgestellt. Doch darin hat es die Regierung versäumt sicherzustellen, dass Verluste der Banken auf keinen Fall sozialisiert werden können. Der Entwurf dreht sich zudem nur um den Fall, dass Banken schon Probleme haben. Gänzlich fehlt dagegen ein präventiver Ansatz. Dabei stellen Größe, Vernetzung und Geschäfte der Banken weiterhin eine Gefahr da. Deshalb sollte die Größe von Banken begrenzt und über eine Teilung einzelner Institute nachgedacht werden.

Auch die Geschäftspraxis der Banken muss Gegenstand politischer Regulierung sein. Alle Geschäfte der Banken

müssen in die Bilanz, dürfen nicht über Steueroasen ablaufen und müssen ausreichend mit Eigenkapital abgesichert sein. Für die Bank als Ganzes braucht es eine zusätzliche Verschuldungsgrenze (leverage ratio). Momentan geht das Derivate- und Verbriefungsgeschäft fast so weiter, als hätte es die Krise nie gegeben. Es muss endlich streng kontrolliert und eingeschränkt werden, besonders der Eigenhandel von Banken.

Die Banken sind außerdem durch Steuerbefreiung, Nutzung von Steueroasen und ihren Wissensvorteil steuerlich sehr gut gestellt und steuern dadurch hohe Gewinne ein. Sie müssen wieder ausreichend zur Kasse gebeten werden, über gesetzliche Verschärfungen und über eine Finanztransaktionssteuer plus Bankenabgabe.

Die Krise hat gezeigt, dass Regulierung einen Unterschied machen kann. Länder mit guter Regulierung konnten sich der Krise relativ gut entziehen. Es kommt jetzt darauf an, in den vielen Details der Regulierung nicht nachzulassen.

MARKUS HENN IST MITARBEITER DER NGO WEED.